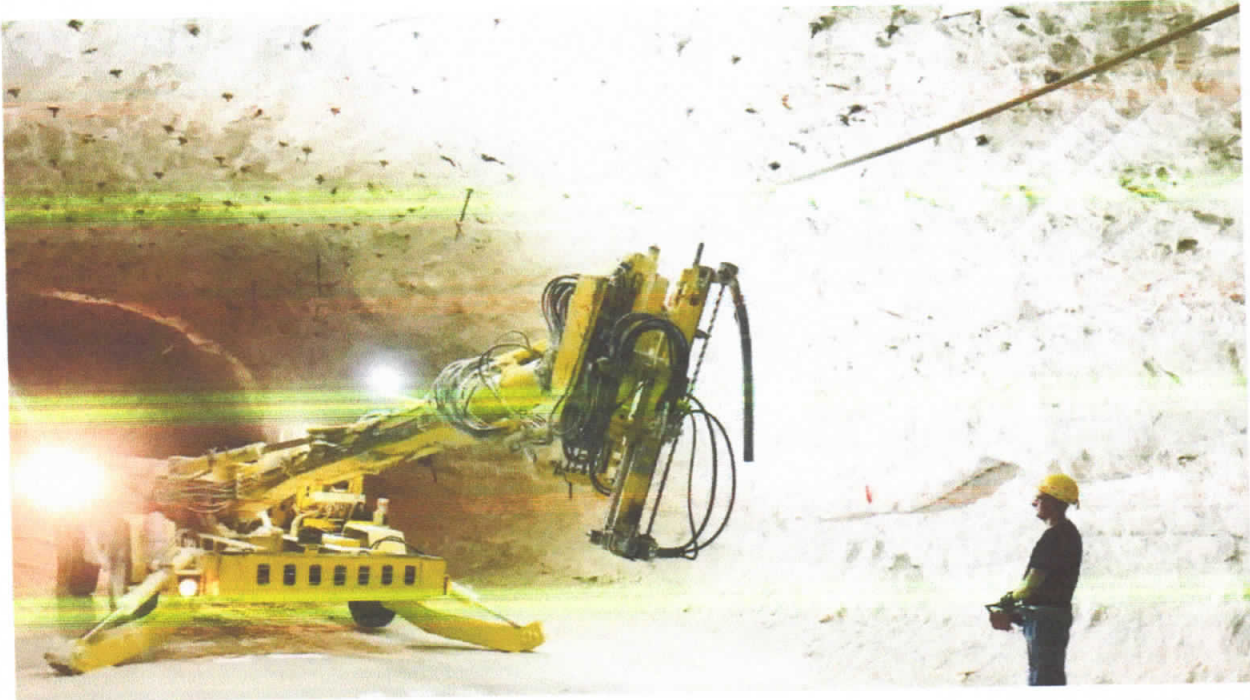


Expansionspläne von K+S in Xanten

Entscheidung über Salz-Abbau wohl nicht vor 2021

19. April 2020 um 19:45 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Viele Hundert Meter unter der Erde wird am Niederrhein Salz abgebaut. Je nach Nachfrage fördern die Bergleute in Rheinberg zwischen 1,5 und 1,8 Millionen Tonnen Salz pro Jahr. Foto: Sebastian Peters

Xanten/Rheinberg. K+S will den Salzbergbau in den nächsten Jahren zwischen Xanten, Alpen und Rheinberg weiter vorantreiben. Betroffene Anwohner und Kommunen sollen vorher noch die Gelegenheit haben, sich zu äußern.

Von Markus Werning

Verantwortlicher Redakteur Xanten/Rheinberg.

Die Corona-Krise erschwert auch die Arbeit der Bürgerinitiative der Bergbaugeschädigten NRW. Sie hatte den Menschen in Xanten, Rheinberg und Alpen in diesen Wochen die Pläne des Unternehmens K+S erklären und die Folgen für die Region beschreiben wollen. Jedoch mussten die Info-Veranstaltungen verschoben werden. Noch ist aber Zeit: Nach Informationen der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg dürfte die Entscheidung über den weiteren Salz-Abbau frühestens im nächsten Jahr fallen.

K+S betreibt das Bergwerk in Rheinbergs Ortsteil Borth, in dem seit fast 100 Jahren unterirdisch Salz abgebaut wird. Etwa 350 Menschen arbeiten dort. Die Stollen ragen bis Xanten und Wesel. Aber die genehmigte Fläche besitze nur noch Vorräte für maximal zehn Jahre, erklärt ein K+S-Sprecher. Der Konzern will den Abbau deshalb weiter vorantreiben. Jedoch muss das von der Bezirksregierung Arnsberg erlaubt werden. Sie ist die Genehmigungsbehörde für den Bergbau in NRW.

INFO

Info-Abende sollen nachgeholt werden

Debatte Die Bürgerinitiative will die Informationsveranstaltungen nachholen. In der Zwischenzeit will K+S seine Pläne online vorstellen, daran werde gearbeitet, um zumindest auf dieser Ebene einen Dialog zu ermöglichen, erklärte ein Firmensprecher. Weitere Angaben sollen folgen.

Dafür muss K+S einen bergrechtlichen Rahmenbetriebsplan einreichen. Es handelt sich um ein Planfeststellungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung und Öffentlichkeitsbeteiligung, wie ein Sprecher der Bezirksregierung erklärte. Bisher seien die erforderlichen Unterlagen nicht eingegangen. Das Unternehmen selbst geht davon aus, dass der Antrag Ende 2020 der Behörde vorgelegt werden kann, wie K+S mitteilte.

Sobald die Unterlagen eingereicht seien, würden sie für einen Monat in den betroffenen Kommunen öffentlich ausgelegt, erklärte der Sprecher der Bezirksregierung weiter. Die Bürger könnten sich über die geplanten Abbaugelände informieren und prüfen, ob sie betroffen seien. Bis zum Ende einer Frist könnten sie Einwendungen erheben. Auch die Träger öffentlicher Belange – zum Beispiel die betroffenen Kommunen, die Fachbehörden und die Umweltverbände – erhielten die Planungsunterlagen, um Stellungnahmen abzugeben.

Dann wird die Gegenseite gehört: K+S werde alle Einwendungen und Stellungnahmen erhalten, um darauf zu antworten, sagte der Sprecher der Bezirksregierung. Anschließend werde es einen Erörterungstermin geben. Teilnehmen würden Vertreter des Unternehmens und diejenigen, die Einwendungen erhoben und Stellungnahmen abgegeben hätten. Dabei sollten „so weit wie möglich“ gemeinsame Lösungen erarbeitet und alle Gründe gesammelt werden, die für und gegen das Vorhaben sprächen, heißt es. Erst dann werde die Genehmigungsbehörde über den Antrag von K+S entscheiden.

Die Bezirksregierung rechnet damit, dass der Erörterungstermin „mit großer Wahrscheinlichkeit“ in das Jahr 2021 fallen wird, wie der Sprecher sagte. Eine Verschiebung wegen der Corona-Krise sei aus heutiger Sicht nicht notwendig, weil die Pandemie bis dahin hoffentlich bewältigt sei. K+S teilte mit, dass Prognosen zur Verfahrensdauer im Moment nur schwer zu treffen seien. Aber eine Genehmigung des Verfahrens bis Ende 2021 sei wünschenswert.

Die Bürgerinitiative warnt vor weitreichenden Schäden an Gebäuden, Straßen und der übrigen Infrastruktur in der Region, wenn der Salz-Abbau weiter vorangetrieben werde. Sie verweist auf die Erfahrungen in den bisherigen Abbau-Gebieten. Tatsächlich muss mit einer Absenkung des Bodens gerechnet werden, wie auch K+S erklärt. Aber das Unternehmen bestreitet, dass die Folgen so gravierend sein werden, wie es die Bürgerinitiative sagt.